

Nach vielen Jahren unter jetzt über dem Durchschnitt

PHILIPPSBURG: Streit über die Hundesteueranhebung sorgt für eine angespannte Situation

VON RALF STRAUCH

Die Fronten sind verhärtet in Philippsburg. Und weil man nun zumeist nicht mehr mit-, sondern häufig nur noch übereinander spricht, kommt es immer wieder zu verbalen Attacken. Auslöser des Streites ist die Erhöhung der städtischen Hundesteuer im Dezember. Eine Erhöhung, die prozentual 100 Prozent ausmacht. In absoluten Zahlen geht es um vier Euro im Monat, die Halter für ihren Ersthund mehr ins Stadtsäckel zahlen sollen. Inzwischen beschäftigt das Thema sogar das Verwaltungsgericht Karlsruhe.

Die Hundesteuer ist eine Lenkungssteuer mit der eine Kommune regeln kann, wie viele Hunde in ihren Mauern leben. Und, so räumen Rechtsexperten auf Nachfrage hinter vorgehaltener Hand ein, es soll auch geregelt werden, wer Hunde hält. Derjenige, der Probleme habe, die Hundesteuer zu zahlen, könne auch nicht problemlos für den Unterhalt und eventuelle Tierarztkosten aufkommen, heißt es. Dem hält der Vorsitzende der Philippsburger Bürgerinitiative „Pro Hund“, Carsten Walther, das Argument der Frau mit wenig Witwengeld entgegen, der eventuell nur der Hund geblieben ist. „Sicher ist, dass der Hund bei nicht wenigen Menschen eine wichtige soziale Funktion wahrnimmt“, erklärt seine Gruppe, der inzwischen ein gutes Drittel der Philippsburger Hundehalter angehört, „oftmals sind sie letzter sozialer Bezugspunkt vereinsamer Menschen, wichtige Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit anderen Mitbürgern oder wichtiger Ansporn sich im Freien zu bewegen“.

Für solche Härtefälle verspricht Bürgermeister Stefan Martus im Einzelfall jedoch auch individuelle Lösungen. Aber das lehnt Walther klar ab, denn die Menschen müssen



Mit einer Demonstration forderten Hundebesitzer die Steuer wieder zu senken.

FOTO: PS

so als Bittsteller ins Rathaus gehen und um Unterstützung betteln, meint er. Er regt da eher eine einkommensabhängige Hundesteuer an, die würde dann aber dem Steuerungsgedanken entgegenlaufen.

„Pro Hund“ kritisiert auch, dass die Stadt noch immer keine schlüssige Begründung für die Erhöhung habe vorlegen können. Erst sei man von falschen Zahlen ausgegangen und habe den Beschluss gefasst, weil angeblich 1.700 Hunde in der Stadt lebten. Als man den Fehler bemerkt habe, es sind nur rund 600, sei mit den Kosten für die Beseitigung der Hinterlassenschaften der Hunde argumentiert worden. „In Philippsburg entstehen der Gemeinde durch die Hundehaltung – wenn überhaupt – nur durch den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Hundehaltung zu erhebenden Hundesteuer Kosten“, heißt es in einer Grundsatzklärung der Bürgerinitiative. Tatsächliche Kosten der Stadt für die Beseitigung von Hundekot habe man ihnen seitens

der Verwaltung nicht nennen können. „Die immer wieder festzustellende Verunreinigung öffentlicher Wege durch die Pferdehaltung dürfte weit aus mehr Kosten verursachen, als die Haltung von Hunden“, so die Initiative. Überhaupt könnten die rund 31.000 Euro Hundesteuereinnahmen im Haushalt der Stadt keine große Rolle spielen, ist sich Walther sicher.

Die Höhe der Hundesteuer in der Region ist übrigens recht unterschiedlich. In Oberhausen-Rheinhausen werden rund 38 Euro erhoben, in Waghäusel 60 und in Karlsruhe 120 Euro – jeweils für den ersten Hund. In Philippsburg sind es derzeit nach der Erhöhung 96 Euro. Die Stadt rutschte damit bei dieser Steuer von unter nunmehr über den Durchschnitt im Kreis.

Die Mehrzahl der Gemeinderatsmitglieder und die führenden Vertreter der Stadtverwaltung haben jetzt klargestellt, dass, solange das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe noch laufe – Ex-

perten gehen davon aus, dass die Klage der beiden „Pro Hund“-Vertreter Carsten Walther und Wolfgang Ams wohl wenig Chancen auf Erfolg haben dürfte –, weder eine Rücknahme der Entscheidung, noch ein Gespräch mit „Pro Hund“ stattfinden könne. Walther sieht in dem Verweis auf das schwebende Verfahren einen unterschwelligen Einschüchterungsversuch. Überhaupt, so erklärt er, fürchteten manche Unterstützer der Initiative nach eigenem Bekunden Repressalien der Stadt (Walther: „Ich will damit nicht sagen, dass sie die zu Recht befürchten.“) und hielten sich im Streit um die Hundesteuer eher bedeckt.

Gleichzeitig ist aus dem Rathaus zu hören, dass dessen Mitarbeiter immer häufiger von Hundebesitzern beschimpft, ja sogar bedroht würden. Sicherlich keine gute Ausgangsposition für ein eventuelles vernünftiges Gespräch zwischen allen Beteiligten, sobald das Gerichtsverfahren abgeschlossen sein wird.